

Bundesamt für Sport
z.H. Frau Stefanie Mägert
Hauptstrasse 245-253
2532 Magglingen
stefanie.maegert@baspo.admin.ch

Bern, 29. Oktober 2012

Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022 Stellungnahme des VCS Verkehrs-Club der Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nimmt der VCS Verkehrs-Club der Schweiz die Gelegenheit wahr zu den geplanten Anträgen an die eidgenössischen Räte für einen Verpflichtungskredit zur Unterstützung der Kandidatur für olympische Winterspiele in der Schweiz Stellung nehmen zu können.

Basierend auf unseren Erkenntnissen und Erfahrungen nehmen wir zum geplanten Vorhaben wie folgt Stellung:

Zusammenfassung unserer Einschätzung und Anträge:

Sportliche Grossveranstaltungen in den Alpen laufen kaum je nachhaltig ab. Sie führen durch zeitliche und örtliche Massierung von Menschen zwangsläufig zu einer hohen Belastung und Beeinträchtigungen für Umwelt und Gesellschaft. Um diesen Effekt im erforderlichen Ausmass zu vermindern, müsste die Ausgestaltung olympischer Spiele von Grund auf verändert werden. Glaubhafte Zeichen zu einer diesbezüglichen Bereitschaft auf Seiten des massgeblich bestimmenden Internationalen Olympischen Komitees (nachfolgend: IOC) können aufgrund der heute vorliegenden Erfahrungen und Dokumente jedoch nicht ausgemacht werden. Aus diesem Grund lehnen wir Olympische Winterspiele in der Schweiz wegen mangelnder Nachhaltigkeit grundsätzlich ab.

Wir befürworten jedoch den vorgesehenen Entwicklungsprozess zur Nachhaltigkeit (NIV). Ein derartiges Vorhaben soll jedoch unabhängig von einer Olympiakandidatur ablaufen und nicht durch unvorhersehbare Entwicklungen beeinträchtigt werden.

Anträge:

- i) Von Beiträgen des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022 ist abzusehen.
- ii) Der Bundesrat wird aufgefordert, in geeigneter Art und Weise darauf hinwirken, einen partizipativen Entwicklungsprozess anzustossen, der zur Bestimmung von Herausforderungen und Lösungsansätzen zum zukünftigen Leben in alpinen Gebieten führt.

VCS Verkehrs-Club der Schweiz

Aarberggasse 61, Postfach 8676, 3001 Bern
Tel. 0848 611 611, Fax 0848 611 612, PC 49-1651-o
www.verkehrsclub.ch, vcs@verkehrsclub.ch

1 Einleitende Bemerkungen

Mit Verweis auf positive Wirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft wurden in diesem Jahrtausend regelmässig Kandidaturen für Olympische Winterspiele in den Alpen vorbereitet und/oder aufgebaut (Sion 2002 und 2006, Davos und Bern 2010, Salzburg 2010 und 2014, München und Annecy 2018). Der VCS steht diesen Vorhaben grundsätzlich ablehnend gegenüber. Dies aus der Überzeugung, dass mit der heute üblichen Art von olympischen Winterspielen keine nachhaltige sportliche Grossveranstaltung in den Alpen durchgeführt werden kann.

Der dazu notwendige Wandel kann unseres Erachtens nur mit einer grundsätzlichen Umorientierung zum Vorsorgeprinzip erreicht werden (vgl. http://www.olympia-nein.ch/wAssets/docs/Download/Grossveranstaltungen_CIPRA.pdf). Neben einem Bedarf an strukturellen Anpassungen bei verschiedenen Organisationen braucht es dazu auch neue Organe und Gefässe, die es aufzubauen und politisch wie auch rechtlich zu verankern gilt. Dies bedarf einerseits einer grundlegenden Bereitschaft zu einer Neuausrichtung, andererseits einer entsprechenden Vorlaufzeit. Den Versuch eines Umbruchs während einer laufenden Kandidatur erachten wir als wenig erfolgsversprechend.

Bei einer Gegenüberstellung der zu erwartenden positiven Effekte und unerwünschten Auswirkungen der verschiedenen Bewerbungen fiel die Gesamtbilanz jeweils negativ aus. Dies ist auch im Fall der heute bekannten Eckwerte der Kandidatur „Graubünden 2022“ nicht anders. Massgebliche Ursachen dafür sind vorgegebene organisatorische Rahmenbedingungen und die spezifischen topografischen Verhältnisse im Alpenraum (http://www.olympia-nein.ch/wAssets/docs/Download/OWS-Ueberlegungen_CIPRA-CH.pdf).

2 Grundsätzliche Überlegungen

Bewegung im Freien und sportliche Betätigungen sind aufgrund verschiedener positiver Auswirkungen auf die Gesellschaft grundsätzlich begrüssenswert. Da sportliche Veranstaltungen dazu beitragen können, über Vorbildwirkung und Nachahmungseffekte das Bewegungsverhalten der Bevölkerung positiv zu beeinflussen, sind Wettkämpfe als ein wichtiges Instrument anzusehen.

Für das Ausmass der entstehenden Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft ist die Grösse einer Veranstaltung ein zentrales Element. Im Fall von olympischen Winterspielen, die als drittgrösste Sportveranstaltung der Welt bezeichnet werden, ist die Grössenordnung als Rahmenwert bekannt. Die mit jeder Austragung steigende hohe Zahl an teilnehmenden SportlerInnen, FunktionärInnen und HelferInnen, sowie die Anzahl der durchzuführenden Wettbewerbe führen zu einem Ausmass an Belastung für Umwelt und Gesellschaft, das nur mehr bedingt vermindert werden kann. Der Alpenraum ist daher nicht geeignet, um Grossveranstaltungen dieser Art auf räumlich begrenztem Gebiet auf nachhaltige Weise durchzuführen. Dies gilt umso mehr, wenn aufgrund der Lage der Austragungsorte verkehrstechnisch und raumplanerisch grosse Herausforderungen zu meistern sind, welche Sachzwänge zur Folge haben können. Diesem Hintergrund trägt das IOC jedoch ungenügend Rechnung. In der umfangreichen Sammlung von Dokumenten zur Kandidatur findet sich beispielsweise in 30 Handbüchern keines zur Umwelt, die in der Benotung für die Kandidatenwahl denn auch eine untergeordnete Rolle spielt.

3 Spezifische Überlegungen

a) Projektbeurteilung

Wir sind uns gewohnt, zur seriösen Beurteilung eines derart komplexen und umfangreichen Vorhabens umfassende Unterlagen einsehen zu können. Die uns rechtzeitig vorliegenden Dokumente und Aussagen zum geplanten Vorhaben erfüllen diesen Sachverhalt nicht. Die Verantwortlichen des Bundes verweisen im Erläuternden Bericht zum geplanten Kreditantrag vielfach auf Erkenntnisse aus Konzepten, auf Studien und auf Abklärungen, welche Sie uns jedoch mit Hinweis auf Urheberrechte auch auf Nachfrage nicht verfügbar machen konnten. Das nach Ansicht des Bundes dafür zuständige Kandidaturkomitee hat am Freitag, 26. Oktober zwei Dokumente verfügbar gemacht, welche jedoch aus zeitlichen Gründen nicht mehr in die Beurteilung mit einbezogen werden konnten.

Wir setzen uns für das Öffentlichkeitsprinzip ein und begründen unsere Haltung auf nachvollziehbaren, gesicherten Erkenntnissen. Die Forderung nach Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit haben wir bereits im Jahr 2000 in einem Positionspapier zu Wintersport-Grossveranstaltungen gestellt (http://www.olympia-nein.ch/wAssets/docs/Download/Grossveranstaltungen_CIPRA.pdf).

b) Unsicherheiten

Aus vorangegangenen Olympischen Winterspielen liegen umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen vor, welche auch öffentlich verfügbar sind (vgl. <http://www.olympia-nein.ch/go/argumente/download.php>). Diese zeigen eindeutig eine Entwicklung, die mit dem für die Kandidatur „Schweiz 2022“ beschriebenen Vorhaben von nachhaltigen Spielen nicht in Einklang gebracht werden kann. Es ist daher für jede Bewerbung zentral, glaubhaft und nachweisbar zu belegen, weshalb gerade eine Kandidatur in der Schweiz hier zu einem Bruch und „neuen“ Spielen führen sollte. Der Erläuternde Bericht (nachfolgend: EB) bietet dazu jedoch nicht die notwendigen Anhaltspunkte. Er enthält verschiedene Annahmen und grundsätzliche Aussagen, deren Zustandekommen nicht als gesichert beurteilt werden kann; mitunter gar Verweise auf Unsicherheiten. Dazu einige Beispiele:

- Der Bundesrat spricht von der gesellschaftspolitischen Bedeutung und vom Potential olympischer Winterspiele, nachhaltige Veränderungen einzuleiten. Er unterlässt es jedoch, an dieser Stelle darzulegen, an welche Art von Veränderung er dabei denkt.
- Im EB ist der dauerhafte Nutzen erwähnt, der trotz hoher Kosten mit der Durchführung umsichtig veranstalteter Winterspiele verbunden sei. Bei der relativ nüchtern gehaltenen Vorstellung des Beurteilungsverfahrens des IOC für das Kandidatordossier werden Begriffe wie „Spielraum“ und „hohe Beurteilungsflexibilität“ verwendet. Insgesamt lässt sich jedoch kaum erkennen, in wieweit der Bundesrat der Kandidatur bereits heute Erfolgchancen einräumt. Dies müsste er unseres Erachtens jedoch vor dem Beantragen von Ausgaben zwingend überzeugend darlegen, zumal er bereits einschränkend darauf hinweist, dass die Schweiz aufgrund der Ausgangslage nur mit einer „an den schweizerischen Verhältnissen und Gegebenheiten ausgerichteten Kandidatur“ erfolgreich sein könne.
- Der EB weist darauf hin, es gelte in Rechnung zu stellen, dass „die heute zur Diskussion stehenden Lösungsansätze bei der Erarbeitung der Detailkonzepte wesentliche Änderungen erfahren können“. Es wird hier jedoch unterlassen, diese generelle Aussage zumindest

dahingehend einzuschränken, dass Rahmen und Ausmass möglicher Änderungen festgelegt sind. Wir sprechen uns klar gegen „Generalvollmachten“ aus.

- Obwohl erwähnt wird, dass die Verkehrssysteme „nahe an ihre Kapazitätsgrenzen“ geraten würden und „die Abwicklung des Verkehrs ... daher noch mit etlichen Risiken“ behaftet sei, zeigen erste Machbarkeitsstudien für den Bundesrat anscheinend in genügend vertrauenswürdiger Art und Weise auf, dass die überörtlichen Transporte „... mit dem öffentlichen Verkehr gewährleistet werden können“. Wir fragen uns, wie an Spitzentagen die Passagiere von 1'740 Bussen (pro Richtung) bei ungünstigen Witterungsverhältnissen auf gastfreundliche Art rechtzeitig am Bestimmungsort ankommen sollen. Wenn bereits davon ausgegangen wird, dass bei den gegebenen Platzverhältnissen „nicht alle Vorgaben des IOC, wie zum Beispiel separate Fahrspuren für die olympische Familie“ erfüllt werden können, fehlen im EB auch genügend aussagekräftige Angaben und Garantien zum Bereich Flugverkehr (z.B. betreffend Helikopterfliegerei, Ausbaustandard und Bewegungen Flugplatz Samedan).

Es ist uns sehr wohl bewusst, dass bei derart gigantischen Grossanlässen wie olympischen Spielen nicht jegliche Unsicherheiten bereits von Beginn weg ausgeräumt werden können. Es ist jedoch die Gesamtheit der zu wenig verbindlichen und nicht zweifelsfrei feststehenden Punkte, welche in der Summe dazu führt, dass die Verwendung öffentlicher Mittel für ein nicht nachhaltiges Vorhaben in Zeiten von angespannter wirtschaftlicher Lage und Sparbemühungen keinesfalls befürwortet werden kann.

c) Image- und Tourismusförderung (Werbewirkung)

Wir setzen uns laufend für einen zukunftsfähigen, ökologisch und sozial ausgerichteten Tourismus ein (<http://www.cipra.org/de/alpmedia/positionen/33>). Wir empfehlen daher flächendeckende, niederschwellige und lokal gut verankerte Angebote. Als Ergänzung zur stark vom Alpin-Skibetrieb abhängigen Wintersaison ist eine Stärkung des Sommertourismus angebracht. Die Strategie zur Stärkung der Sommerangebote ist (unter anderem als Reaktion auf den Klimawandel) seit einigen Jahren auch bei Schweiz Tourismus zu erkennen. Es ist daher fraglich, wie weit für eine Schweiz, der im EB „Wettbewerbsvorteil“ attestiert wird, das „Image als Wintertourismusland“ zusätzlich gestärkt werden soll.

Laut EB sieht der Bund olympische Winterspiele als sportlichen und nicht als touristischen Anlass. Dies zeigt sich auch in der Formulierung, dass die Austragung für den Tourismusstandort Schweiz einen besonderen Stellenwert einnehmen „könnte“. Mit den gleichzeitig im Bericht enthaltenen Ausführungen zur Tourismusförderung geben die Verfasser einer blossen Hoffnung Ausdruck, was für eine Zustimmung nicht ausreicht.

d) Umwelt und Nachhaltigkeit

In einer demokratischen Gesellschaft muss es selbstverständlich sein, dass bestehende Regeln und gesetzliche Grundlagen einzuhalten sind. Es befremdet daher sehr, wenn der Bundesrat im EB darauf hinweist, dass „die bestehenden und neu zu bauenden Infrastrukturen ... den Anforderungen der Umweltschutzgesetzgebung“ genügen werden. Gleichzeitig sieht er die im Aufbau befindliche

Kandidatur als „Bekenntnis zur Nachhaltigkeit“. Damit die Durchführung der Spiele „höchsten Standards“ entspricht, sollen „die Natur- und Landschaftswerte geschützt und ökologisch vorbildliche Infrastrukturen“ geschaffen werden sollen. Wir hegen erhebliche Zweifel an der rechtlichen Handhabung zur Verpflichtung und an der Umsetzung dieses Vorhabens, wenn der Bundesrat gleichzeitig von der „Prüfung und Realisierung von substantiellen Ausgabenreduktionen“ als vordergründiger Aufgabe spricht. Der Versuch, eine Veranstaltung wie die Olympischen Winterspiele zu einem Vorhaben zu machen, bei welchen nicht nur Sport und Vermarktung, sondern auch eine dauerhafte nachhaltige Entwicklung der Berggebiete mit im Zentrum steht, ist mit ausserordentlich vielen Unsicherheiten behaftet. Es besteht daher unseres Erachtens (unter Berücksichtigung der Festlegungen des IOC) ein so erhebliches Risiko des Scheiterns einer Kandidatur, dass sich der Einsatz der geplanten öffentlichen Mittel nicht rechtfertigen lässt. Es erstaunt uns nicht, dass in der Vergangenheit Versuche, an Stelle des IOC Lösungen für eine nachhaltige Durchführung olympischer Spiele zu entwickeln, immer gescheitert sind.

Belange von Umwelt und Nachhaltigkeit sind themenübergreifend. Für ein nachhaltiges Projekt wäre es deshalb unseres Erachtens von grösster Bedeutung, dass die dafür verantwortliche Stelle als Querschnittsfunktion im Organigramm der Kandidatur angesiedelt ist, damit eine umfassende Berücksichtigung aller Aspekte der Nachhaltigkeit überhaupt sichergestellt werden kann.

Wir finden die Absicht, einen umfassenden Entwicklungsprozess zu starten, der verschiedene Herausforderungen thematisieren und Antworten zur „Zukunft“ in den Alpen liefern soll grundsätzlich begrüssenswert. Wir beantragen jedoch, diesen Prozess unabhängig von einer Olympia-Kandidatur durchzuführen, um unerwünschte gegenseitige Beeinträchtigungen zu vermeiden. Allein weil der Zeitpunkt günstig erscheint und aus finanziellen Gründen, erscheint uns eine Verflechtung zweier derartiger Vorhaben falsch.

e) Infrastruktur und Verkehr

Der Erläuternde Bericht verweist auf die positive Wirkung, welche mit der Verwirklichung verschiedener Infrastrukturvorhaben entstehe.

Die Schweiz werde nach den Olympischen Spielen „... über eine international wettbewerbsfähige Wintersport-Infrastruktur verfügen ...“. Wir sehen in dieser Aussage einen Widerspruch zur Einschätzung, dass laut EB bereits eine gut ausgebaute Wintersport-Infrastruktur vorhanden ist, welche sich auch „bei der Durchführung internationaler Veranstaltungen bewährt hat“ und der Tatsache, dass die temporären Bauten und Anlagen wieder rückgebaut werden sollen. Im Fall von Ausbau bestehender Infrastrukturen sehen wir in gewissen Fällen keine Möglichkeit, dies „ökologisch vorbildlich“ durchzuführen. Dies trifft insbesondere auf allfällige Beschneiungsanlagen zu, zu welchen kaum Aussagen vorliegen.

Im Falle der Verkehrsinfrastruktur hängen die erwähnten Vorhaben zu einem beachtlichen Teil nicht mit olympischen Spielen zusammen, und ihr öffentlicher Nutzen ist auch bei einem Verzicht auf eine Kandidatur nicht gefährdet. Wie auch im Fall privater Infrastrukturvorhaben ist die Realisierung jedoch von nicht fest vorausplanbaren Faktoren wie der finanziellen Lage und politischen Beschlussfassungen abhängig. Olympische Winterspiele bringen daher an Stelle vorgezogener Infrastrukturprojekte vor allem Eines: Erhöhte Bautätigkeit mit zusätzlicher Lärm- und Luftbelastung.

f) Finanzen

Wie die Erfahrungen aus vergangenen olympischen Spielen zeigen, steigen die Gesamtkosten mit wachsender Grösse des Anlasses stetig an. Auch wenn der Bund (wie bereits früher erwähnt) von der „Prüfung und Realisierung von substantiellen Ausgabenreduktionen“ als vordergründiger Aufgabe spricht, gibt es für uns mit Blick auf verschiedene Bedingungen und Ansprüche keine Gründe, nicht davon auszugehen, dass die tatsächlich anfallenden Kosten höher sein werden. Dies dürfte umso mehr zutreffen, wenn den Versprechungen nach besonders nachhaltigen Spielen Rechnung getragen wird. Da von grossen Verdrängungs- oder Verlagerungseffekten auszugehen ist, wären die Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts und eine minutiöse Planung der Nachnutzung von Investitionen jedoch unabdingbar, damit mit positiven Effekten für die Volkswirtschaft überhaupt erst gerechnet werden kann (vgl. Aussagen von Prof. Hansruedi Müller im St.Galler Tagblatt vom 18. Oktober 2012).

Im EB wird auch auf private Investitionen verwiesen. Es fehlen jedoch Garantien, dass diese auch tatsächlich getätigt werden und Hinweise, ob und in welchem Rahmen ggf. mit Zusatzkosten für die Kandidatur zu rechnen ist.

Wir erachten Vergleiche mit olympischen Spielen, welche in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts stattgefunden haben, als unpassend. In Anbetracht der heutigen Herausforderungen in einem veränderten Tourismusumfeld wirken Hinweise auf vergangene „erfolgreiche Zeiten“ hilflos. Denn die bisherigen Erfahrungen aus den letzten Austragungen zeigen, dass die Erwartungen an die Wertschöpfung und den längerfristigen Nutzen überschätzt wurden. Dafür plagen die Ausrichter Schulden und ungedeckte Betriebskosten von Anlagen, welche mitunter sogar dazu geführt haben, dass diese stillgelegt werden mussten.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und bitten Sie, auf das Beantragen eines Kredits für die finanzielle Unterstützung einer Kandidatur für Olympische Winterspiele Schweiz 2022 zu verzichten.

Mit freundlichen Grüssen

VCS Verkehrs-Club der Schweiz



Caroline Beglinger Fedorova
Leiterin Bereich Verkehrspolitik



Christophe Siegenthaler
Teamleiter Campaigning

Beilage: VCS Positionspapier „Grossveranstaltungen“